



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/83 - 8. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bejahung des Status quo ?</u> Nach der de Gaulle-Rede in London	40
2 - 3	<u>Schlamm und die potentiellen Faschisten</u> Eine Bedrohung für die deutsche Demokratie	63
3	<u>Mißlungenes Manöver</u> Gespielte Empörung der niedersächsischen CDU	16
4	<u>"Zivile Notstandsplanung"</u> Nicht einmal 4 Prozent der Verteidigungsausgaben !	38
5 - 8	<u>Die öffentliche Fürsorge in der Bundesrepublik</u> Zum Entwurf eines Bundessozialhilfegesetzes Von Helene Wessel, MdB	197

* * * *
* * *

Bejahung des Status quo?

Nach der de Gaulle-Rede in London

"Frankreich wünscht, daß die Zukunft Europa in die Lage versetzt wird, dank des zwischen seinen beiden Teilen hergestellten Gleichgewichts sein eigenes Leben zu führen ... Diese beiden Teile folgten verschiedenen Lebensauffassungen". (De Gaulle am 7. April 1960 in London)

sp - Seit heute früh bemüht man sich im Bonner Auswärtigen Amt um eine Interpretation der Rede, die der französische Staatspräsident de Gaulle am Donnerstag vor den beiden Häusern des britischen Parlaments gehalten hat. Eine große westdeutsche Zeitung leitet den oben zitierten Satz mit der Bemerkung ein, "er (de Gaulle) entwarf ein Zukunftsbild von Europa, das auf eine Bejahung des Status quo hinauszu-
laufen schien".

Von der gleichen Sorge, die in dieser Bemerkung zum Ausdruck kommt, ist auch das Auswärtige Amt in Bonn erfüllt. Unseres Wissens hat die Botschaft der Bundesrepublik in Paris auf entsprechende Anfragen aus Bonn noch keine Antwort geben können, da das französische Außenministerium zunächst einmal jede Interpretation der de Gaulle-Rede ablehnt.

Vor einigen Tagen machten wir in diesem Pressedienst auf die Möglichkeit aufmerksam, daß zwischen Chruschtschow und de Gaulle eine stillschweigende Übereinkunft erzielt wurde, wonach der Status quo in Europa im Augenblick respektiert werden sollte. Die große Pariser Zeitung "Le Monde" ließ sich im Anschluß an Chruschtschows Frankreich-Besuch von ihrem Korrespondenten in Schweden (der im allgemeinen als sehr gut über die russischen Absichten unterrichtet gilt) mitteilen:

"Gewisse Beobachter meinen jedoch, daß die beiden Staatshäupter (de Gaulle und Chruschtschow) in ihren geheimen Unterredungen ihre Standpunkte bezüglich der Teilung Deutschlands angenähert hätten und evtl. Überraschungen in Kürze nicht ausgeschlossen sind."

Fun, die erste Überraschung hat es bereits in London gegeben, und wir verstehen durchaus, daß das Bonner Auswärtige Amt jetzt beunruhigt ist. Vielleicht kommt man nun endlich auf den Gedanken, in Paris einmal ganz offiziell anzufragen, was man in der französischen Hauptstadt konkret darunter versteht, wovon der deutsch-französi-
schen Freundschaft die Rede ist. Eine solche Anfrage erscheint uns deshalb notwendig, weil sonst Illusionen entstehen könnten, die das deutsche Bemühen um eine Lösung der gesamtdeutschen Frage lähmen würden.

+ + +

Schlamm und die potentiellen Faschisten

sp - William S. Schlamm, der den Kalten Krieg am Rande des Abgrunds als die einzig mögliche Politik für "die junge, gesunde deutsche Nation" hält, die wieder "in die Geschichte eintreten und ihren Anspruch auf die ihr zustehenden Gebiete im Osten laut und deutlich anmelden, auch wahrnehmen sollte;" William S. Schlamm, der diese verführerische Politik in nunmehr 34 oder 35 Versammlungsreden landauf und landab mit der Technik jenes Mannes verbreitet und seinen Zuhörern einzubleuen versucht, der gesagt hat, daß die Wiederholung das Wesen der Propaganda ausmache; William S. Schlamm, der die Bezeichnung "Wanderredner" für eine ausgemachte Beleidigung hält und für sich doch diese gut dotierte Beschäftigung offenbar als eine Art Missionsaufgabe in Anspruch nimmt, weil er ja anders gut und ruhig im Tessin sitzen und Bücher schreiben könnte; William S. Schlamm hat in diesen Tagen in einem Wuppertaler Streitgespräch mit dem Schriftsteller Erich Kuby den Vorwurf entrüstet zurückgewiesen, jene seine Zuhörer, denen er Jubelstöße entlockt, seien Nazis. Kuby hat den Totbestand ins richtige Wertmaß zurückgerückt; er erklärte, daß William S. Schlamm, der mit seiner Propaganda praktisch doch nur einen Boden bearbeitet, der durch eine langjährige Vorbereitung bereits aufgelockert sei, ganz einfach und primitiv die potentiellen Faschisten in unserer Volke anspreche und aktiviere.

Genau das ist es, und dieses Problem, nicht Williams S. Schlamm, ist unsere große Sorge. Die Schlamms kommen, die Schlamms gehen, und wer aus Berufsgründen den William S. Schlamm zwei- oder gar dreimal, wenn auch an belebenden Abständen, hören mußte, weiß, daß sich dieser Wanderredner inzwischen selbst überholt hat und sich in der Sackgasse der sterilen Routine totzulaufen beginnt. Unsere große Sorge sind die potentiellen Faschisten, die die "Stärke" für ein durchschlagenderes Argument als den Geist halten und die deshalb auf nationalistische und großmäulige Tiraden ansprechbar sind, weil in ihnen eine Saite zum Klingen gebracht wird, die bisher von anderen Politikern der Stärke offenbar nur unvollkommen angerührt worden ist.

Hier aber ist genau der Punkt erreicht worden, an dem den verantwortlichen Demokraten im Regierungslager und in der Opposition die unaufschiebbare Aufgabe erwächst, endlich und schnell nach dem Rechten zu sehen. Nicht der Ausländer, der unter Verletzung des Gastrechtes in diesem Lande Unheil anstiftet, ist der Vorwurf an uns; der Vorwurf an uns sind die tausenden Deutschen, unter ihnen vor allem die jungen Menschen, die das Opium begierig in sich aufnehmen, das ihnen da in einer Manier dargeboten wird, die nicht um ein Deut anders ist als in jenen Jahren, in denen Wanderredner eines Lagers durch das Land zogen, dessen Bedrohungen sich William S. Schlamme damals entzog. Heute, vom sichern Port des vorläufig ständigen Aufenthalts in der Schweiz und mit dem amerikanischen Paß in der Tasche, verhöhnt er die "Existenzangst" des durch die Ereignisse und Schrecken der Jahre 1933 bis 1945 innerlich wunden deutschen Gastvolkes und diese Bürger jubeln ihm zu. Diese potentiellen Faschisten jubeln, trotzdem Schlamme verkündet, daß die letzte Ratio seiner Politik dann, wenn die Sowjets nicht so wollen wie er es will, wieder einmal das "Marschieren" ist, und daß ihm, Schlamme, der an die "Befreiung Osteuropas" glaube, "gewisse Dinge wichtiger sind als Frieden und Überleben". Diese Bürger schreien noch nicht einmal auf, wenn Schlamme erklärt, daß er ein Kind mit drei Armen, als Folge der radioaktiven Veränderungen im Menschenkörper für weniger schrecklich halte, als die "geistig-moralische Mutationen" der Menschen unter kommunistischer Herrschaft.

Man sieht, die Bewältigung des Problems der potentiellen Faschisten, das dieser William S. Schlamme - es hätte auch jemand anders sein können - unversehens an das Tageslicht gebracht hat, gestattet keinen Aufschub. Wenn wir nicht aufpassen und wenn wir nicht handeln, dann mag es uns passieren, daß dieser Schlammejubel der potentiellen Faschisten uns das Hören vergehen lassen könnte. Man darf diese Entwicklung nicht einfach laufen lassen, und man darf diese bedrohten Menschen nicht einfach dem Schlamme ausliefern - wenn es nicht eines Tages wieder zu spät sein sollte. Wir sind gewarnt!

+ + +

Mißlungenes Manöver

sp - Im niedersächsischen Landtag hat es dieser Tage ungewöhnlich heftige, zuweilen tumultartige Szenen gegeben. Anlaß war ein Mißbilligungsantrag gegen den Landwirtschaftsminister Kubel (SPD). Kubel ist auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messe AG, Hannover. In dieser Eigenschaft hat er auch die Leipziger Messe besucht und kam dabei ungewollt in ein völlig bedeutungsloses Gespräch mit dem SED-Chef Ulbricht, der den Versuch machte, mit Kubel eine politische Diskussion zu führen. Der Versuch mißlang, was aber die niedersächsische CDU nicht daran hinderte, daraus eine Staatsaktion zu machen. Sie warf wider besseren Wissen Kubel vor, er hätte mit Ulbricht "verhandelt" und damit einen Verrat an den schwerbedrängten Bauern Mitteldeutschlands begangen. Die Mehrheit des Landtages stellte sich schützend vor Kubel und tat der CDU nicht den Gefallen, ein allzu durchsichtiges Manöver zuzumachen. Die Empörung stand der CDU schlecht an, schließlich gab es bisher nur einen Minister, der mit SED-Beauftragten verhandelte, dieser Bundesminister heißt Schäffer und gehört der CDU an.

+ + +

"Zivile Notstandsplanung"

sp - Während der Etatberatungen im Bundestag wurde am Donnerstag wieder einmal klar, daß die Bundesregierung keinen Blick für die Notwendigkeiten einer koordinierten Verteidigung hat. Zum Begriff "Verteidigung" gehört nämlich auch der Schutz der Zivilbevölkerung, die im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung in Europa den gleichen Gefahren ausgesetzt sein würde wie die kämpfende Truppe. Vor Jahren war es das Ziel der Bundesregierung, mindestens 10 Prozent - das heißt etwa eine runde Milliarde DM - des gesamten Verteidigungsausschusses für die Vorbereitung des Schutzes der Zivilbevölkerung einzusetzen. Jetzt stellt sich heraus, daß dieselbe Regierung noch nicht einmal 4 Prozent der Verteidigungsausgaben für den Bevölkerungsschutz ausgeben will. Man kann darüber diskutieren, ob überhaupt ein Schutz möglich ist, wenn das Inferno der modernsten Vernichtungswaffen ausbricht. Aber wenn man schon das große Wort vom Schutz der Bevölkerung im Munde führt und so tut, als gehöre dieser Schutz auch zum Begriff der Verteidigung und Sicherheit, dann muß man mindestens bereit sein, die Verteidigungsausgaben in diesem Sinne zu gestalten. Die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Lüders (FDP), sagte in diesem Zusammenhang an die Adresse des Innenministers gewandt: "In meinem langen Leben habe ich selten etwas derart Oberflächliches und Gedankenloses gelesen, wie diesen Entwurf". Frau Lüders meinte damit den Regierungsentwurf für Maßnahmen, die mit der zivilen Notstandsplanung und dem Bevölkerungsschutz zusammenhängen.

In anderen Ländern Europas, so u.a. auch in den neutralen Staaten Schweiz und Schweden, gehört der Schutz der Bevölkerung zum festen Bestandteil aller Verteidigungsmaßnahmen. Die hierfür eingesetzten Mittel stehen in einer richtigen Relation zu den unmittelbaren Rüstungsausgaben. Dabei verfügen gerade die genannten Staaten über eine Reihe von natürlichen Schutzzonen, die in der überbevölkerten Bundesrepublik keinesfalls vorhanden sind. Bonn sollte einmal prüfen, ob die Erfahrungen in anderen Ländern nutzbar gemacht werden können. Wenn die sozialdemokratische Abgeordnete Renger die Bildung einer unabhängigen Studienkommission forderte, die dem Parlament Aufklärung über alle Fragen des Bevölkerungsschutzes gibt, so hat sie damit eine Anregung gegeben, die sehr ernst genommen werden sollte. Auch der interfraktionale Antrag, die Möglichkeiten einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes zu prüfen, gehört in diesen Kreis der in der Bundesrepublik noch nicht beantworteten Fragen.

Die öffentliche Fürsorge in der Bundesrepublik

Von Helene Wessel, MdB

Im Gesamtsystem unserer Sozialgesetzgebung ist die öffentliche Fürsorge ein wichtiger Bestandteil. Der von der Bundesregierung am 17. Februar 1960 verabschiedete Entwurf eines Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) will das Fürsorgerecht der sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik anpassen. Der Entwurf der BSHG bringt wichtige Bestimmungen einer Neuregelung des bisherigen öffentlichen Fürsorgerechts und der Leistungen, die aus diesem Recht den der fürsorgerischen Hilfe Bedürftigen zustehen. Obgleich jede fürsorgerische Hilfe im Menschlichen liegt und beim Menschen beginnen muß, sollen hier nicht im einzelnen die Arten der Hilfe für den Fürsorgebedürftigen nach dem BSHG behandelt werden, die vor allem in der Hilfe zum Lebensunterhalt (Ernährung, Kleidung, Wohnung) und in besonderen Lebenslagen (Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Hilfe für Körperbehinderte, Gefährdete, alte Menschen) bestehen, sondern anhand der Aufwendungen der öffentlichen Fürsorge Umfang und Bedeutung des neuen BSHG, dessen Entwurf am 18. März 1960 nach ausführlicher Beratung vom Bundesrat verabschiedet worden ist, gezeigt werden. Als Unterlage dazu dienen die in "Wirtschaft und Statistik" (Heft 10/1959) veröffentlichten Ausgaben der öffentlichen Fürsorge im Rechnungsjahr 1958. Neuere Zahlenangaben stehen nicht zur Verfügung.

Die öffentliche Fürsorge insgesamt

Im Rechnungsjahr 1958/59 (1. April 1958 bis 31. März 1959) wurden - ohne Saarland und Berlin - im Bundesgebiet 613 000 Parteien mit 927 000 Personen in der offenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe laufend unterstützt. In den Anstalten und Heimen der geschlossenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe waren 311 000 Personen untergebracht. Damit wurden in der öffentlichen Fürsorge insgesamt 1,2 Millionen Personen laufend oder in Anstalten unterstützt. Hinzu kommen die nicht im einzelnen erfaßten Empfänger einmaliger Unterstützungen.

Die offene Fürsorge und Tbc.-Hilfe

Von den unterstützten 613 000 Parteien in der offenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe entfielen im Rechnungsjahr 1958 auf

allgemeine Fürsorge	64 v.H.
soziale Fürsorge	25 v.H.
Tbc.-Hilfe	8 v.H.
Fürsorge für Zugewanderte	3 v.H.

Unter den unterstützten Personen befanden sich 157 000 Empfänger laufender Leistungen zur Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung, und zwar wurden überwiegend Erziehungsbeihilfen für Kinder von Kriegsbeschädigten und Kriegserwaisen gezahlt. 78 v.H. der Aufwendungen der offenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe waren laufende Unterstützungen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Aufwendungen um 6 v.H. Die Erhöhungen bei verminderter Unterstütztenzahl waren vor allem durch Erhöhungen der Richt- und Unterstützungssätze im Laufe des Jahres und weitere Ausdehnung der Erziehungsbeihilfen bedingt. Dagegen blieben die einmaligen Unterstützungen, die 22 v.H. der Aufwendungen betragen, im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Sie nahmen zwar bei der allgemeinen Fürsorge zu, gingen aber bei den Zugewanderten und besonders bei der Tbc.-Hilfe zurück. Im Vergleich zu den letzten drei Jahren (1956 - 1958) betragen die laufenden und einmaligen Unterstützungen der offenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe im Bundesgebiet:

Art der Leistungen	Rechnungs- jahr	Laufende Unterstützungen			Einmalige Unterstüt- zungen
		insge- samt	je Par- tei	je Per- son	
		Mill. DM	DM	DM	Mill. DM
Fürsorge und Tbc.- Hilfe insgesamt	1956	466.8	875	546	143.7
	1957	476.0	984	606	144.2
	1958	505.4	1.099	666	144.3
davon:					
allgemeine Fürsorge	1956	386.5	842	534	139.7
	1957	393.6	960	603	132.4
	1958	419.1	1.068	661	119.3
Tbc.-Hilfe (einschl.)	1956	58.9	1.087	611	10.8
Tbc.-Hilfe für	1957	59.8	1.117	612	17.7
Zugewanderte	1958	61.9	1.279	685	11.7
Fürsorge für	1956	21.3	1.052	614	13.2
Zugewanderte	1957	22.6	1.127	658	14.0
	1958	24.4	1.252	717	13.3

Die geschlossene Fürsorge und Tbc.-Hilfe

Die Zahl der in der geschlossenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe im Rechnungsjahr 1958 in Anstalten und Heimen untergebrachten Personen ist gegenüber dem Vorjahr um 3 v.H. zurückgegangen. Dieser Rückgang war erheblich bei der Kinder- und Jugendfürsorge, naturgemäß dagegen gering bei der Altersfürsorge, während die außerordentliche Anstaltspflege für Nerven- und Geisteskranke, Taubstumme, Blinde und Körperbehinderte sowie die Kranken- und Heilfürsorge eine Bestandsaufnahme verzeichneten. Von den Pflegebedürftigen befanden sich Ende des Berichtsjahres

- 32 v.H. in außerordentlicher Anstaltspflege,
- 25 v.H. in Anstalten der Altersfürsorge,
- 24 v.H. in Anstalten der Jugendfürsorge,
- 19 v.H. in Anstalten der Kranken- und Heilfürsorge.

Die Zahl der geleisteten Pflage-tage hat sich gegen 1957 nur unbedeutend erhöht. Ein Rückgang der Pflage-tage trat in der Alters- und Jugendfürsorge ein, dagegen eine Zunahme in der außerordentlichen Anstaltspflege. Von den Pflage-tagen insgesamt entfielen 33 v.H. auf die außerordentliche Anstaltspflege, 26 v.H. auf die Jugendfürsorge und 25 v.H. auf die Altersfürsorge. Im Vergleich zu den letzten drei Jahren betrug die Unterbringung in geschlossener Fürsorge und Tbc.-Hilfe im Bundesgebiet

Art der Unterbringung	Rech- nungs- jahr	Unterge- brachte Personen	Geleistete Pflage-tage	Aufwand	
				insgesamt	je Pflage- tag
		1.000	Millionen	Mill. DM	DM
Anstalten und Heime insgesamt	1956	327.8	110.7	589.0	5.32
	1957	319.9	105.4	619.2	5.68
	1958	311.2	105.5	685.0	6.49
darunter					
Altersheime	1956	94.5	32.6	135.3	4.15
	1957	80.7	28.0	132.2	4.72
	1958	78.5	26.5	135.5	5.12

Art der Unterbringung	Rechnungsjahr	Untergebrachte	Geleistete	Aufwand	je Pflege- tag
		Personen 1.000	Pflege- tage Millionen	insgesamt Mill. DM	
Blinden-, Körperbehinderten-, Taubstummenheime, Anstalten für Nerven- und Geisteskranke	1956	98.0	33.1	205.3	6.14
	1957	98.9	33.5	221.6	5.61
	1958	100.5	35.3	252.8	7.16
Kindererholungsheime und sonstige Heime für Minderjährige	1956	80.8	28.8	126.5	4.39
	1957	85.4	28.3	154.2	4.75
	1958	75.1	27.7	149.4	5.39
Krankenhäuser, Entbindungs- und Säuglingsheime, Heilstätten und Asylierungsheime	1956	40.0	11.1	101.6	9.15
	1957	39.4	10.6	107.1	10.07
	1958	39.9	10.6	117.6	11.05

Die durchschnittlichen Kosten betragen im Jahre 1958 je Pflege-tag 6,49 DM, gegenüber 5,88 DM im Jahre 1957. Sie sind somit um rund zehn Prozent gestiegen, vor allem durch Erhöhung der Pflegesätze. Die erheblich höheren Kosten in den Anstalten für Nerven- und Geisteskranke und vor allem in Krankenhäusern und Heilstätten waren durch die besondere Heilbehandlung und die erforderliche gesundheitliche Betreuung notwendig, während sie bei den Anstalten der Alters- und Jugendfürsorge unter dem Gesamtdurchschnitt lagen. Von dem Gesamtaufwand der Anstaltsfürsorge entfielen:

- 37 v.H. auf die außerordentliche Anstaltspflege,
- 24 v.H. auf die Altersfürsorge,
- 22 v.H. auf die Jugendfürsorge,
- 17 v.H. auf die Heilfürsorge.

Nach den einzelnen Leistungsarten der Fürsorge kamen vom Gesamtaufwand

- 88 v.H. auf die Anstaltsunterbringung der allgemeinen Fürsorge,
- 6 v.H. auf die Tbc.-Hilfe,
- 4 v.H. auf die Fürsorge für Zugewanderte,
- 2 v.H. auf die soziale Fürsorge.

Die Fürsorgeleistungen im einzelnen und in den Ländern

Der Aufwand der offenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe für laufende und einmalige Unterstützungen betrug im Rechnungsjahr 1958 im Bundesgebiet 781 Millionen DM; in der geschlossenen Fürsorge und Tbc.-Hilfe für 105 Millionen Pflege-tage 636 Millionen DM, insgesamt also 1.467 Millionen DM oder 28,44 DM je Einwohner. Von diesem Gesamtaufwand entfielen 53 v.H. auf die offenen und 47 v.H. auf die geschlossene Fürsorge und Tbc.-Hilfe. Nach den verschiedenen Leistungsarten kamen vom Gesamtaufwand

- 78 v.H. auf die allgemeine Fürsorge,
- 10 v.H. auf die soziale Fürsorge,
- 8 v.H. auf die Tbc.-Hilfe,
- 4 v.H. auf die Fürsorge für Zugewanderte.

Im einzelnen betragen die Ausgaben

Leistungsart	Fürsorge und Tbc.-Hilfe	
	offene	geschlossene
	in Millionen DM	
insgesamt	781.5	685.6
davon:		
Allgemeine Fürsorge	538.4	635.5
Fürsorge für Zugewanderte	37.7	25.0
Soziale Fürsorge gemäß 1. Überl.-Gesetz	131.8	10.4
Allgemeine Tbc.-Hilfe	70.2	42.5
Tbc.-Hilfe für Zugewanderte	3.4	2.2
Sonstige Leistungen		105.2

Gegenüber 1957 ist der Gesamtaufwand der Fürsorge und Tbc.-Hilfe um rund 9 v.H. gestiegen; die Aufwendungen der sozialen Fürsorge erhöhten sich aber weit stärker um 23 v.H. Von den Aufwendungen der sozialen Fürsorge in Höhe von 142,2 Millionen DM entfielen auf:

Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen und Kinder von Kriegsschädigten	138.6 Mill. = 83.0 v.H.
Berufsfürsorge für Kriegsbeschädigte	10.2 Mill. = 7.2 v.H.
Sonderfürsorge für Schwerbeschädigte	13.4 Mill. = 13.4 v.H.

Von den sonstigen Leistungen in Höhe von 105.2 Millionen DM entfallen:

für Krankenversorgung gemäß LAG	57.7 Mill. DM
für Weihnachtsbeihilfen der Fürsorgeempfänger	45.6 Mill. DM
für Fürsorgeerziehung Zugewanderter	0.9 Mill. DM
für Flüchtlinge aus Ungarn	0.9 Mill. DM
für Rückführung Evakuierter außerhalb des Bundesgebietes	0.1 Mill. DM.

In den Bundesländern entsprach die Fürsorge im Jahre 1958 im wesentlichen der dargelegten Gesamtentwicklung. Dabei ging die Fürsorgedichte, d.h. der Anteil der laufend unterstützten Personen an der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens überall leicht zurück. Der Gesamtaufwand der Fürsorge und Tbc.-Hilfe sowie die durchschnittliche laufende Unterstützung je Person ist dagegen in allen Ländern gestiegen. Im Verhältnis der Länder zueinander waren die Leistungen entsprechend der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Länder sowie der Zusammensetzung und Einkommensverhältnisse der unterstützten Personen unterschiedlich. Schleswig-Holstein und Bremen hatten wie in den Vorjahren die höchste, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern die niedrigste Fürsorgedichte. Die durchschnittliche laufende Unterstützung lag wie bisher relativ hoch in Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, niedrig dagegen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Auch die einmaligen Unterstützungen und der Aufwand der Anstaltsfürsorge hatten in Hamburg ein größeres Ausmaß als in den übrigen Ländern. Der Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge und Tbc.-Hilfe bewegten sich je Einwohner in den Ländern zwischen 21,61 DM in Rheinland-Pfalz und 44,66 DM in Hamburg.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel